



Helmut Landsiedel  
Fraktionsvorsitzender

Christina Musculus-Stahnke  
stv. Fraktionsvorsitzende

Wolf-Dietmar Brandtner  
stv. Fraktionsvorsitzender

Silke Jürgensen  
Ratsfrau

## Presseinformation

Nr. 102/2009 Kiel, 17. Dezember 2009

Interkommunale Zusammenarbeit

### **Wie steht es um die interkommunale Zusammenarbeit?**

#### **FDP-Ratsfraktion stellt Kleine Anfrage**

Zum Thema der *interkommunalen Zusammenarbeit* stellt der Vorsitzende und wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Ratsfraktion, Helmut Landsiedel, zur kommenden Sitzung der Ratsversammlung eine Kleine Anfrage und erklärt hierzu:

„Die Zusammenarbeit zwischen kommunalen Gebietskörperschaften stellt grundsätzlich ein geeignetes Mittel dar, Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge kostengünstiger zu erbringen. Ein Gutachten des Internationalen Instituts für Staats- und Europawissenschaften hält Effizienzgewinne in Höhe von 5 bis 20 Prozent für realisierbar.

Trotz dieser Argumente lehnte die rot-grüne Kooperation kürzlich einen Antrag der FDP-Ratsfraktion ab, mit dem der Oberbürgermeister beauftragt werden sollte, Möglichkeiten für Kooperationen zu prüfen und diese mit Nachdruck zu verfolgen. Die vorgebrachte Begründung, dass hier schon Einiges erreicht worden sei und dass sich die Verwaltungsspitze auch weiterhin mit dem Thema befasse, führt zu den folgenden Fragen:

- *welche Ergebnisse die Landeshauptstadt Kiel in den vergangenen fünf Jahren in welchen Bereichen der Interkommunalen Zusammenarbeit erzielt hat,*
- *welche konkreten Maßnahmen die Verwaltung in 2010 in welchen Bereichen ergreifen wird, um die Interkommunale Zusammenarbeit voranzubringen, und*
- *wie aus Sicht der Verwaltung grundsätzlich die weiteren Perspektiven für die Interkommunale Zusammenarbeit aussehen.*

Mit Blick auf die Haushaltslage der Landeshauptstadt Kiel sollten alle Anstrengungen intensiviert werden, die es ermöglichen, effizientere Strukturen für die Aufgabenerfüllung zu schaffen und Synergien zu nutzen, um auf diesem Wege finanzielle und personelle Ressourcen freizusetzen.

Dabei kommen, wie Beispiele aus anderen Kommunen zeigen, Kooperationen und Abstimmungen unter anderem in folgenden Bereichen in Frage und sind unter Kosten-Nutzen-Aspekten zu prüfen:

Personalsachbearbeitung, Veterinär- und Lebensmittelüberwachung, Rechnungsprüfung, Einrichtung von Gewerbegebieten, Bekämpfung der Schwarzarbeit, Beschaffungswesen, Reinigungsmanagement, Mitarbeiterfortbildung, Siedlungsentwicklung, IT-Netze, Heimaufsicht sowie Kindertagesstätten.

Die freiwillige interkommunale Zusammenarbeit eröffnet die Chance, positive ökonomische Effekte einer Gebietsreform mit der Wahrung regionaler Identität zu verknüpfen“, so Landsiedel abschließend.

V. i. S. d. P.

Peter Helm  
Fraktionsgeschäftsführer